

N i e d e r s c h r i f t

**über die 8. – öffentliche und nichtöffentliche – Sitzung
des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, dem 15. März 2007, 17:00 Uhr,
im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Es waren anwesend:

I. Stimmberechtigte Mitglieder

a) Ratsmitglieder

- | | | |
|----|----------------------------|-----------------------|
| 1. | Herr Hans-Werner Schneller | - Vorsitzender |
| 2. | Frau Claudia Schlottmann | - stellv. Vorsitzende |
| 3. | Herr Christoph Bosbach | |
| 4. | Herr Klaus Dupke | |
| 5. | Frau Hiltrud Stegmaier | |
| 6. | Herr Alexander Büttner | |
| 7. | Herr Dr. Stephan Lipski | |
| 8. | Herr Lothar Kaltenborn | |
| 9. | Herr Peter Dahm-Korte | |

b) Aus den Verbänden

10. Frau Elisabeth Knebel
11. Herr Siegfried Wagner
12. Frau Sabine Kittel
13. Herr Björn Grützmacher
14. Herr Carsten Wannhoff
15. Herr Rüdiger Scholz

II. Beratende Mitglieder

1. Frau Anita Bergner
2. Frau Martina Reuter
3. Frau Anne Gronemeyer
4. Herr Jens-Peter Kröger
5. Herr Torsten Weber
6. Herr Frank-Dieter Göbel
7. Herr Martin Radke

III. Von der Verwaltung

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Herr Reinhard Gatzke | Beigeordneter |
| 2. Frau Jutta Panke | Leiterin des Amtes für Jugend, Schule und Sport |
| 3. Frau Birgit Schimang | Leiterin der Abteilung Kinderbetreuung und Schule |
| 4. Herr Roman Kaltenpoth | Leiter der Abt. Jugendförderung |
| 5. Herr Dirk Schatte | Leiter der Abt. Soziale Dienste |
| 6. Herr Dr. Reinhard Mühlen | Leiter der Abt. Psychologische Beratungsstelle |
| 7. Herr Ulrich Brakemeier | Jugendhilfeplaner und Schriftführer |
| 8. Herr Horst Thiele | 1. Beigeordneter |
| 9. Herr Hendrichs | Tiefbau- und Grünflächenamt |

IV. Gäste

- | | |
|----------------------|--|
| 1. Ives Sluzewski | Vertreterin des Hildener Jugendparlamentes |
| 2. Clemens Geenen | Vertreter des Hildener Jugendparlamentes |
| 3. Frau Diana Pohler | Mitarbeiterin des Amtes für Jugend, Schule und Sport |
-

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

➤ **Berichte**

1. Bericht 2006 zur Sozialpädagogischen Familienhilfe – **SV 51/164**
2. Bericht 2006 der Drogenberatung der SPE Mühle – **SV 51/165**
3. Bericht 2006 Trennungs- und Scheidungsberatung - **SV 51/166**
4. Bericht zum Zuschussbudget 2006 Erziehende Hilfen – **SV 51/168**
5. Bericht zum Zuschussbudget 2006 Jugendförderung – **SV 51/169**
6. Bericht zum Zuschussbudget 2006 Psychologische Beratungsstelle – **SV 51/170**
7. Bericht zum Zuschussbudget 2006 Kinderbetreuung und Verwaltung – **SV 51/171**

8. Bericht zur Kindertagespflege – **SV 51/176**

➤ **Haushaltsplan-Entwurf 2007**

9. Kinderschutzsystem Hilden – **SV 51/167**
10. Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen und Schulhöfen im Stadtgebiet 2007
- Beratung der Unterlagen nach § 14 GemHVO - **SV 66/078**
11. Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen – **SV 51/173**
12. Änderungen der Verwaltung und der Fraktionen – **SV 51/174**
13. Produktpläne 2007 des Amtes für Jugend, Schule und Sport – **SV 51/175**
- Förderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren
- Förderung der Kinder- und Jugendarbeit
- Förderung von Kindern und Jugendlichen
- Bereitstellung von Hilfen innerhalb und außerhalb von Familien
- Jugendgerichtshilfeangelegenheiten
- Kindschaftsrechtsangelegenheiten
- Psychologische Beratungsangebote
- Maßnahmen der Gesundheitsförderung
14. Anregung nach § 24 GO NW – **SV 51/184**
hier: Einführung eines Rauchverbots auf öffentlichen Spielplätzen
15. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen
16. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

II. Nichtöffentliche Sitzung

17. (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen
18. (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

I. Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Schneller begrüßte die Anwesenden und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest. Er schlug vor, den TOP 14 auf TOP 1 vorzuziehen, da die Antragsteller mit ihrem Kind anwesend waren.

1. Anregung nach § 24 GO NW – SV 51/184 hier: Einführung eines Rauchverbots auf öffentlichen Spielplätzen

Rm. Frau Schlottmann und Rm. Bosbach kündigten für ihre beiden Fraktionen eine Zustimmung zu dem hier vorliegenden Antrag an.

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Auf den städtischen Spielplätzen in Hilden ist ein grundsätzliches Rauchverbot einzuführen. Die entsprechenden ordnungsbehördlichen Verordnungen sind entsprechend anzupassen.“

2. Bericht 2006 zur Sozialpädagogischen Familienhilfe – SV 51/164

Frau Gronemeyer fragte an, wie mit den aus dem Bericht hervorgehenden steigenden Fallzahlen umgegangen werde, insbesondere wie lange die Warteliste für eine Sprechstunde sei.

Die Leiterin der Sozialpädagogischen Familienhilfe, Frau Zech antwortete, dass es natürlich entsprechende Wartelisten für eine Erstsprechstunde gebe, die Wartezeit liege bei ca. zwei bis drei Monaten.

Herr Dahm-Korte fragte an, ob es ausreichende finanzielle Ressourcen zur Sicherstellung der Weiterbildung gebe und ob der Etat der Sozialpädagogischen Familienhilfe insgesamt zur Sicherstellung der Aufgaben bei entsprechender Qualität ausreiche.

Frau Panke antwortete für die Verwaltung, dass über die im Bericht ausgewiesenen Fortbildungsmaßnahmen auch permanent von der Stadt Hilden Fortbildung angeboten würden, die kostenfrei seien. Der Etat der Sozialpädagogischen Familienhilfe sei mit einem Kostenindex verbunden, der eine Etaterhöhung mit Anstieg der allgemeinen Lebenskosten sicherstelle. Eine solche Indexsteigerung könne unter Umständen kurzfristig anstehen. Es sei Angelegenheit der SPFH, ob sie beispielsweise ihr Budget lieber für Supervision oder Fortbildung ausbe.

Frau Gronemeyer wies darauf hin, dass in der Fallstatistik relativ wenig ausländische Familien auftauchen. Sie fragte nach den dafür verantwortlichen Hintergründen.

Frau Panke antwortete für die Verwaltung, dass dies häufig mit Sprachproblemen zu tun habe. Ein entsprechender Berater des Amtes für Jugend, Schule und Sport sei diesbezüglich als Honorarkraft eingestellt worden. An-

sonsten werden solche Leistungen bei freien Trägern eingekauft.

Ohne weitere Aussprache fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht 2006 zur Sozialpädagogischen Familienhilfe zur Kenntnis.“

3. Bericht 2006 der Drogenberatung SPE Mühle – SV 51/165

Herr Dahm-Korte fragte nach den Gründen für die schwache Resonanz der von der Drogenberatung durchgeführten Antiraucher-Kampagne.

Frau Panke antwortete, dass gerade in diesem Segment eine Präventionsarbeit außerordentlich schwierig sei, da die Jugendlichen in diesem Alter der Thematik wenig zugänglich seien. Es würde aber seitens der Drogenberatung eine neue Kampagne mit einem neuen methodischen Ansatz vorbereitet.

Frau Bergner fragte an, wie hoch die Rückfallquote in der Einzelberatung sei.

Frau Panke antwortete, dass sie hierzu keine entsprechenden Zahlen vorliegen habe, die Fragestellung werde an die Drogenberatung zur Beantwortung weiter geleitet (siehe Anlage).

Herr Kaltenborn fragte an, ob dem Fachamt bekannt sei, dass es in Hilden 14 Drogenumschlagsplätze gebe.

Das beratende Mitglied, Herr Weber von der Polizei Hilden erkundigte sich über die Hintergründe der Information, woher Herr Kaltenborn exakt auf die 14 Drogenumschlagsplätze käme, diese Zahl sei der Polizei Hilden so nicht bekannt.

Frau Panke führte aus, dass es immer wieder wechselnde Plätze gebe, die aber von der Polizei und von den entsprechenden Fachstellen in einem Roundtable permanent thematisiert und zu denen Lösungen erarbeitet würden, beispielsweise der Spielplatz Lindengarten. Die Zahl 14 sei auch dem Fachamt nicht bekannt.

Rm. Kaltenborn führte aus, dass er diese Zahl aus Gesprächen mit Bürgern, Taxifahrern und Anwohnern erhoben habe, er stelle diese Informationen der Polizei zur Verfügung.

Rm. Bosbach regte an, bei solchen Erkenntnissen Bezirksbeamte einzusetzen, die den Verdachtsmomenten nachgehen könnten.

Ohne weitere Aussprache fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht 2006 zur Drogenberatung der SPE Mühle zur Kenntnis.“

4. Bericht 2006 Trennungs- und Scheidungsberatung – SV 51/166

Herr Dahm-Korte fragte zu diesem TOP an, ob die Ausstattung der verschiedenen Kontraktpartner mit den entsprechenden Finanzmitteln ausreichend sei.

Beigeordneter Gatzke antwortete, dass es in dieser Thematik mit allen kontraktierten Partnern ein festgelegtes Verfahren gebe. Zielsetzung sei hier gerade die Planungssicherheit der freien Träger. Dies habe sich bewährt. Es gebe Steigerungsklauseln in den Verträgen aber auch Qualitätszirkel, die im permanenten Austausch über Aufgaben und Ergebniserreichung seien. Falls hier Differenzen auftreten, sei eine Nachsteuerung jederzeit möglich.

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht 2006 zur Trennungs- und Scheidungsberatung zur Kenntnis.“

5. Bericht zum Zuschussbudget Erziehende Hilfen – 51/168

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Abschlussbericht 2006 Erziehende Hilfen zur Kenntnis“.

6. Abschlussbericht zum Zuschussbudget 2006 Jugendförderung – SV 51/169

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorliegenden Abschlussbericht zum Zuschussbudget 2006 Jugendförderung zur Kenntnis.“

7. Bericht zum Zuschussbudget 2006 Psychologische Beratungsstelle – SV 51/170

Rm. Bosbach wies auf die Seiten 5 und 6 des Berichtes hin, in denen von Mehrarbeit die Rede sei. Er fragte nach, wie sich der Ausfall der Fachkraft auf die Arbeit der Beratungsstelle ausgewirkt habe und ob es perspektivisch eine Lösung der Probleme gebe.

Herr Dr. Mühlen antwortete, dass die erkrankte Kollegin mittlerweile wieder im Einsatz sei und die problematische Phase absehbar zu Ende gehe.

Herr Dahm-Korte fragte nach den Wartezeiten der Erziehungsberatung.

Herr Dr. Mühlen antwortete, dass das Erstgespräch in der Regel nach 14 Tagen stattfinde, aufgrund der Krankheitssituation seien es zurzeit vier Wochen. Diese Phase werde aber kurzfristig wieder auf die ursprüngliche Wartezeit reduziert werden können.

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Abschlussbericht zum Zuschussbudget der Psychologischen Beratungsstelle 2006 zur Kenntnis.“

8. Bericht zum Zuschussbudget 2006 Kinderbetreuung und Verwaltung – SV 51/171

Frau Reuter fragte an, inwieweit der in dem Bericht ausgeführte Brandschaden versicherungstechnisch abgedeckt sei.

Frau Schimang antwortete, dass es eine diesbezügliche Gebäudeversicherung gebe, die für den Schaden aufkommen würde.

Herr Dahm-Korte fragte mit Bezug auf das als Tischvorlage eingebrachte Konsenspapier zum GTK, wie die Bestandssituation in der Betreuung der unter Dreijährigen zurzeit sei.

Vorsitzender Schneller wies darauf hin, dass diese Fragestellung zum späteren Zeitpunkt in der Tagesordnung behandelt würde.

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorliegenden Abschlussbericht zum Zuschussbudget Kinderbetreuung und Verwaltung 2006 zur Kenntnis.“

9. Bericht zur Kindertagespflege – SV 51/176

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kindertagespflege zur Kenntnis.“

10. Kinderschutzsystem Hilden – SV 51/167

Vorsitzender Schneller wies vor Beginn der Diskussion noch einmal auf die vorrangige Bedeutung dieser Vorlage für die Situation von gefährdeten Kindern in Hilden hin.

Frau Reuter bezog sich auf den Sichtvermerk des Kämmerers, der einen Standardabbau für die hier entstehenden Kosten an anderer Stelle für notwendig erklärte. Sie fragte an, wie dies gemeint sei.

1. Beigeordneter Thiele antwortete, dass aus seiner Sicht die notwendige Ausstattung in diesem Bereich der Jugendhilfe durch eine Kompensation von Kosten an anderer Stelle notwendig sei. Dies müsse allerdings nicht unbedingt der Jugendbereich sein.

Rm. Frau Schlottmann erklärte, dass die Notwendigkeit der hier vorgeschlagenen Maßnahmen nicht umstritten sei. Man könne allerdings die Kostenfrage nicht außen vor lassen. Daher schlug sie vor, den Beschlussvorschlag zu ändern und eine Überprüfung von Personalreduzierung einzufügen.

Rm. Bosbach führte aus, dass die Notwendigkeit einer strukturellen Veränderung erkannt worden sei. Er wies noch einmal darauf hin, dass das so genannte Dormagener Modell ein guter und wichtiger Bestandteil der Prophylaxe sei. Es müsse allerdings sichergestellt sein, dass zunächst die akuten Fälle abgearbeitet würden und erst dann Zeitkapazitäten in die Prophylaxe investiert werden könnten.

Frau Gronemeyer wies darauf hin, dass Präventionshandeln und Interventionshandeln miteinander im Einklang stehen müssten.

Herr Wagner führte aus, dass gerade prophylaktisches Handeln langfristige Kostenersparnis einbringen könne.

Beigeordneter Gatzke erklärte an dieser Stelle noch einmal, dass diese Vorlage für ihn eine der wichtigsten der vergangenen Jahre sei. Das gesamte System der Jugendhilfe sei in den vergangenen Jahren in einer Phase der permanenten Aufgabenausweitung. Es sei aus seiner Sicht daher nicht möglich, in einem anderen Bereich der Jugendhilfe die hier zu beschließenden personellen Ressourcen einzusparen. Mitarbeiter und Führungskräfte in der Jugendhilfe seien unter enormen

Druck und zum Teil auch am Rande der Belastbarkeit angelangt.

Frau Panke führte für die Verwaltung aus, dass auch das Jahr 2007 von der Fallzahlenbelastung einen ähnlichen Verlauf nehme wie die zweite Hälfte des vergangenen Jahres. Sie wies auf die zahlreichen Aktivitäten des Netzwerkes in Hilden hin, u.a. auf den als Tischvorlage vorliegenden Newsletter, der ein Ergebnis der intensiven Kooperation gerade auch mit Hebammen und Kinderärzten sei. Sie dankte dem zuständigen Abteilungsleiter, Herrn Schatte, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Abteilung für die geleistete Arbeit.

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

1. „Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Kinderschutzsystem Hilden zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt als Empfehlung an den Personalausschuss die Einrichtung von zwei neuen Teilzeitstellen mit jeweils 25 Wochenstunden für Diplom-Sozialarbeiter, Diplom-Sozialarbeiterinnen oder Diplom-Sozialpädagoginnen oder Diplom-Sozialpädagogen im Allgemeinen Sozialen Dienst in der Entgeltgruppe 9 TVÖD zum 01.07.2007. Die Stellen sind befristet bis zum 30.06.2010. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wo Personalkapazitäten an anderer Stelle eingespart werden können.“

11. Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen und Schulhöfen im Stadtgebiet
hier: Beratung der § 14-Unterlagen nach GemHVO – SV 66/078

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Lieferung und Montage fehlender bzw. defekter Spielgeräte auf den Spielplätzen und Schulhöfen im Stadtgebiet Hilden gemäß der Aufstellung des Tiefbau- und Grünflächenamtes und stimmt den vorgelegten § 14-Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten von 134.000 Euro (Schulhöfe und Kindergärten) und 116.700 Euro (Spielplätze) zu. Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

12. Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen – SV 51/173

Herr Dahm-Korte erklärte für die BA, dass hier die Variante 4 die bevorzugte Möglichkeit sei.

Rm. Frau Schlottmann erklärte, dass deutlich sei, dass es Sinn mache, abzuwarten und die Veränderung des GTKs in eine Beschlussfassung in einem Jahr einfließen zu lassen. Daher solle zunächst alles so bleiben wie es ist.

Herr Dahm-Korte erklärte sich auf Nachfrage des Vorsitzenden Schneller dazu bereit, keinen eigenen Antrag auf die Variante 4 zu stellen, sondern auch die neue Regelung des GTKs abzuwarten, um dann entsprechend eine Änderung zu beschließen.

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

- „1. Der Rat der Stadt nimmt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss den vorliegenden Bericht zur Neugestaltung der Elternbeiträge für den Bereich der Kindertageseinrichtungen zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die aktuelle Beitragsstruktur für das Kindergartenjahr 2007/2008 beizubehalten (Variante 1) und die Auswirkungen der geplanten Novellierung der GTKs abzuwarten.“

13. Haushaltsplanentwurf 2007 Jugendhilfebereich; Änderungen und Anträge der Fraktionen – SV 51/174

Vorsitzender Schneller schlug vor, die Änderungsliste Seite für Seite durchzugehen über die entsprechenden Anträge der Fraktionen im Einzelnen abzustimmen und im Anschluss über die Gesamtvorlage und die Änderungen der Verwaltung noch einmal insgesamt abzustimmen. Dieses Verfahren wurde von allen Beteiligten akzeptiert. Die Abstimmungsergebnisse gehen aus der beigefügten Änderungsliste hervor. Es ergaben sich die nachstehenden Erläuterungen:

Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2007 Investitionen, Seite 2

Beigeordneter Gatzke teilte mit, dass mit Datum vom heutigen Tage eine Mail bei Frau Schimang eingegangen sei, der zufolge die Eltern das Geld für die Ausbaumaßnahme selbständig zusammengebracht hätten. Ein städtischer Zuschuss sei daher nicht mehr notwendig. Über die entsprechenden Änderungsvorschläge von Verwaltung und duH wurde nicht abgestimmt.

Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2007 Ergebnis Haushalt Seite 2

Rm. Frau Schlottmann erklärte, dass von Seiten der CDU ein Konzept ge-

wünscht werde, welches erkennen lasse, wie der Bedarf in der Betreuung der unter Dreijährigen bis zum Jahre 2010 zu erreichen sei.

Rm. Bosbach erklärte für den SPD-Antrag, dass zu prüfen sei, inwieweit eine Beitragsfreiheit umsetzbar und finanzierbar sei. Dazu sei es notwendig, entsprechende Zahlen von Seiten der Verwaltung zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Frau Gronemeyer erläuterte den Antrag der Grünen/Bündnis 90, dass nur durch eine Erhöhung der jährlichen Versorgungsquote von 2,5 % das Ziel der 20 %-Versorgung bis 2010 zu erreichen sei.

Herr Dahm-Korte unterstützte den Wunsch von Herrn Bosbach, hier entsprechende Zahlen vorgelegt zu bekommen.

Rm. Frau Schlottmann erklärte, dass sie erkenne, dass der Antrag der SPD-Fraktion durchaus wünschenswert sei, allerdings bei der hohen finanziellen Belastung der Stadt Hilden nur schwierig umsetzbar sei. Dies könne keineswegs durch Steuererhöhungen gemacht werden.

Seite 5:

Frau Gronemeyer erklärte, dass erkennbar sei, dass es eine Anzahl von Kindern und Jugendlichen gebe, die bei kulturellen Angeboten außen vor stünden. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ziele darauf ab, diesen Kindern Möglichkeiten des Zugangs zu gewähren.

Rm. Frau Schlottmann antwortete, dass durch eine solche Formulierung eine Stigmatisierung vorgenommen werde. Sie sehe nicht, dass eine solche Spezialförderung bei den vielen Angeboten, Förderungen und Ermäßigungen der Stadt Hilden notwendig sei.

Herr Dahm-Korte erklärte, dass es eine große Palette der unterschiedlichsten Angebote für alle Zielgruppen in Hilden gebe. Er frage sich, was mit 10.000 Euro zusätzlich hier bewerkstelligt werden solle.

Frau Gronemeyer antwortete, dass sie keine Stigmatisierung vornehmen wolle, im Gegenteil, sie wolle mit dem Antrag dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen gerechte Zugangschancen zu kulturellen Angeboten hätten.

Herr Wannhoff führte aus, dass es ein großes und breites Angebot der unterschiedlichsten Jugendeinrichtungen in Hilden gebe und dass sehr gezielt auch über Stiftungen Hilfsangebote an bedürftige Kinder vorgehalten werden könnten.

Rm. Bosbach führte weiter aus, dass es ein detailliertes Migrationskonzept der Stadt Hilden gebe, das auch gerade auf solche Zielgruppen zugeschnitten sei.

Seite 8:

Frau Gronemeyer führte aus, dass dieser Antrag als Ergänzung zu den im Vorfeld behandelten Tagesordnungspunkt des Kinderschutzsystems und dem Besuch im Rahmen des Dormagener Modells gedacht sei. Es solle damit sichergestellt werden, dass kein Kind auch von Familien, die später nach Hilden zuzögen, durch die Maschen fallen könne.

Vorsitzender Schneller schlug vor, zunächst einmal die Konsequenzen und Auswirkungen des soeben beschlossenen Kinderschutzsystems abzuwarten, um dann evtl. in einem zweiten Schritt nachzubessern.

Frau Gronemeyer antwortete, dass sie mit diesem Vorschlag einverstanden sei und zog den Beschlussvorschlag Antrag Nr. 30 von Bündnis 90/Die Grünen zurück. Über diesen Vorschlag wurde nicht abgestimmt.

Seite 9:

Auch über diesen Vorschlag wurde nicht abgestimmt, weil dieser im direkten Zusammenhang zum vorherigen Antrag der Bündnis 90/Die Grünen stand und ebenfalls zurückgezogen wurde.

15. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

Beigeordneter Gatzke wies noch einmal auf das vorliegende Konsenspapier über die Eckpunkte der zukünftigen Finanzierungsstruktur der Tageseinrichtung für Kinder und der Förderung der Kindertagespflege hin. Er verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass über dieses Konsenspapier im kommenden Jahr eine verbindliche Regelung des GTKs zu erwarten sei. In diesem Zusammenhang wies er noch einmal darauf hin, dass die Ausstattung der Stadt Hilden gerade bei der Betreuung der unter Dreijährigen mit 11,4 % überdurchschnittlich auch im Vergleich zu anderen Kommunen des Kreises und des Landes sei. Entsprechende anders lautende Pressedarstellungen in den vergangenen Tagen hoffe er damit korrigiert zu haben.

Frau Panke wies darauf hin, dass das Projekt der Jugendgerichtshilfe der so genannte Hip-Tag über das Innenministerium evaluiert werde. Weiterhin teilte sie mit, dass im nächsten Jugendhilfeausschuss die Bestimmung von zwei weiteren Familienzentren durch den Jugendhilfeausschuss notwendig sei. Weiterhin wies sie auf den anstehenden Stöbertag am 23. Mai 2007 hin.

16. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Dazu lag eine Anfrage der FDP-Ratsfraktion vor, inwieweit es auch in Hilden das Problem von obdachlosen Jugendlichen gebe.

Frau Panke antwortete, dass es in Hilden zurzeit keine obdachlosen Jugendlichen gebe, ob diese in Düsseldorf untergekommen seien, sei im Fachamt nicht bekannt. Wenn eine solche Situation im Bereich der Stadt Hilden auftrete, würde seitens der zuständigen Ämter sofort und umgehend reagiert.

Vorsitzender Schneller schloss die öffentliche Sitzung um 18.35 Uhr.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

Der Vorsitzende Schneller schloss die Sitzung um 18.40 Uhr.

Der Vorsitzende:

.....
Hans-Werner Schneller

Der Schriftführer:

.....
Ulrich Brakemeier

gesehen:

.....
Beigeordneter

.....
Bürgermeister